Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

2024/2051(INI)

17.02.2025

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Haushaltsausschuss

zu einem neu gestalteten langfristigen Haushalt für die Union in einer Welt im Wandel
(2024/2051(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Alexandra Geese

PA_NonLeg

ÄNDERUNGSANTRÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unterbreitet dem federführenden Haushaltsausschuss folgende Änderungen:

Änderungsantrag 1

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass die Gleichstellung der Geschlechter als Grundwert in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union verankert ist; in der Erwägung, dass Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zufolge die Union „[b]ei allen ihren Tätigkeiten darauf hin[wirkt], Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung […] zu fördern“, und somit den Grundsatz der durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung („Gender-Mainstreaming“) aufstellt, wonach die Gleichstellungsperspektive in alle Politikbereiche und Programme, einschließlich aller Ebenen des Haushaltsverfahrens, einfließen muss; in der Erwägung, dass Haushaltspläne nie geschlechtsneutral sind und ihre Aufstellung daher auf das eindeutige Ziel der Bekämpfung von Diskriminierung sowie auf das Ziel ausgerichtet sein muss, alle Menschen zu erreichen und ihren konkreten Bedürfnissen Rechnung zu tragen;

Or. en

Änderungsantrag 2

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass die Ausgaben aus dem Unionshaushalt, wenn sie wirksam eingesetzt werden, mit den politischen Prioritäten der Union in Einklang stehen und mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden, dazu beitragen, eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und die Gesamtwirkung öffentlicher Investitionen zu verstärken; in der Erwägung, dass öffentliche Investitionen unerlässlich sind, um Anreize für private Investitionen zu schaffen;	C. in der Erwägung, dass die Ausgaben aus dem Unionshaushalt, wenn sie wirksam eingesetzt werden, mit den politischen Prioritäten der Union in Einklang stehen und mit den Ausgaben auf nationaler Ebene koordiniert werden, dazu beitragen, ***die Grundrechte, einschließlich der Rechte der Frauen und der Rechtsstaatlichkeit, zu schützen und zu fördern, den Zusammenhalt und die Gleichstellung zu fördern sowie*** eine Fragmentierung des Binnenmarkts zu vermeiden und die Gesamtwirkung öffentlicher Investitionen zu verstärken; in der Erwägung, dass öffentliche Investitionen unerlässlich sind, um Anreize für private Investitionen zu schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 3

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt eine ausreichende Finanzierung des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE), des Aktionsbereichs „Daphne“, des Aktionsbereichs „Gleichstellung und Rechte“ des Programms „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV), zivilgesellschaftlicher Organisationen im Rahmen des NDICI-Programms, des Aktionsprogramms der Union im Bereich der Gesundheit („EU4Health“) und des Aktionsprogramms „Beschäftigung und soziale Innovation“ (EaSI) im Rahmen des ESF+ gefordert hat; in der Erwägung, dass das Parlament auch wiederholt die durchgängige

Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter in den wichtigsten europäischen Fonds wie Horizont Europa, der GAP, dem Kohäsionsfonds und NextGenerationEU gefordert hat;

Or. en

Änderungsantrag 4

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. hebt die Verpflichtungen der Union im Bereich der Gleichstellung hervor, insbesondere diejenigen, die in der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und in den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, insbesondere den Zielen 5 und 10, dargelegt sind; betont, dass im MFR für die Zeit nach 2027 die Gleichstellung der Geschlechter durchgängig berücksichtigt werden sollte und er dazu beitragen sollte, Ungleichheiten in der Union und weltweit zu beseitigen, und zwar unter anderem indem die hierfür vorgesehenen Ausgaben aus dem EU-Haushalt im Vergleich zu den derzeitigen Ausgaben erhöht werden und die Ziele für die Gleichstellung der Geschlechter sowie andere Gleichstellungsziele im Einklang mit den Verträgen unterstützt werden;

Or. en

Änderungsantrag 5

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass der MFR für die Zeit nach 2027 zudem einfacher und transparenter konzipiert und vor Missbrauch, Betrug und Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und gegen die Werte der Union geschützt werden muss;	3. hebt hervor, dass der MFR für die Zeit nach 2027 zudem einfacher und transparenter konzipiert und vor Missbrauch, Betrug und Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit***, gegen die Grundrechte*** und gegen die Werte der Union geschützt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 6

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. betont, wie wichtig der Unionshaushalt für die Förderung und den Schutz der Demokratie und der Werte der Union, die Förderung des gemeinsamen kulturellen Erbes der Union und der europäischen Integration, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung der Jugend sowie die Förderung der in der Charta der Grundrechte verankerten Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit ist; weist darauf hin, wie wichtig die Unabhängigkeit der Justiz, das reibungslose Funktionieren der nationalen Institutionen, die Unterstützung der Zivilgesellschaft und die „Deoligarchisierung“ sind;	46. betont, wie wichtig der Unionshaushalt für die ***Beseitigung von Diskriminierung sowie von geschlechtsspezifischer Ungleichheit und geschlechtsspezifischer Gewalt, die*** Förderung und den Schutz der Demokratie und der Werte der Union, die Förderung des gemeinsamen kulturellen Erbes der Union und der europäischen Integration, die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung der Jugend sowie die Förderung der in der Charta der Grundrechte verankerten Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit ist; weist darauf hin, wie wichtig die Unabhängigkeit der Justiz, das reibungslose Funktionieren der nationalen Institutionen, die ***verstärkte*** Unterstützung der Zivilgesellschaft und die „Deoligarchisierung“ sind;

Or. en

Änderungsantrag 7

Entschließungsantrag

Ziffer 46 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46a. unterstützt daher die Verpflichtungen zum Gender-Mainstreaming und zur Gleichstellung der Geschlechter in allen Politikbereichen der EU im Rahmen des nächsten MFR sowie eine verstärkte haushaltspolitische Dimension bei der Bekämpfung aller Fälle von Diskriminierung;

Or. en

Änderungsantrag 8

Entschließungsantrag
Ziffer 46 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46b. betont die Notwendigkeit einer Aufstockung der Mittel, mit denen zur Aufrechterhaltung einer pluralistischen Gesellschaft beigetragen wird, in der die Gleichstellung und die Rechte der Menschen, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, wie sie im Vertrag, in der Charta und in internationalen Menschenrechtsübereinkommen verankert sind, gefördert und geschützt werden; fordert daher, dass das CERV- und das NDICI-Programm im nächsten MFR als eigenständige Programme mit einer höheren Mittelausstattung beibehalten und gestärkt werden;

Or. en

Änderungsantrag 9

Entschließungsantrag
Ziffer 46 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46c. betont, dass sichergestellt werden muss, dass alle Frauen Zugang zu sexuellen und reproduktiven Diensten haben und dass den besonderen Bedürfnissen marginalisierter Personen, einschließlich Kindern, Menschen mit Behinderungen, ethnischer Minderheiten, Frauen, die Flüchtlinge und Migranten sind, und der LGBTI-Gemeinschaft, besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird;

Or. en

Änderungsantrag 10

Entschließungsantrag
Ziffer 46 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46d. bedauert, dass im Rahmen des aktuellen MFR Elemente von Anti-Gender-Bewegungen und Anti-Abtreibungsbewegungen EU-Mittel erhalten haben, obwohl sie gegen die Grundrechte und andere Werte der EU verstoßen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass im nächsten MFR keine Mittel für Anti-Gender-Gruppen, die versuchen, wichtige Fortschritte bei den Frauenrechten rückgängig zu machen, oder für Gruppen, die sich für die Aushöhlung der in der Charta verankerten Grundrechte einsetzen, bereitgestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 11

Entschließungsantrag
Ziffer 46 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	46e. betont, dass DAPHNE, mit dem darauf abgezielt wird, alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen, zu einem eigenständigen Programm mit einer gesonderten Haushaltslinie und einer höheren Mittelausstattung werden muss, damit die wirksame Umsetzung der kürzlich angenommenen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen und häuslicher Gewalt sichergestellt werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 12

Entschließungsantrag
Ziffer 48

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
48. hebt hervor, wie wichtig eine enge Verknüpfung zwischen der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und dem Zugang zu EU-Mitteln im Rahmen des derzeitigen MFR ist; ist der Auffassung, dass der Schutz der finanziellen Interessen der Union von der Achtung der Rechtsstaatlichkeit auf nationaler Ebene abhängt; begrüßt insbesondere die positiven Auswirkungen der Konditionalitätsverordnung auf den Schutz der finanziellen Interessen der Union bei systemischen und anhaltenden Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit; fordert die Kommission und den Rat auf, die Verordnung erforderlichenfalls strikt, konsequent und unverzüglich anzuwenden; betont, dass Entscheidungen über die Aussetzung oder Kürzung der Unionsmittel aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit auf objektiven Kriterien beruhen müssen und weder von anderen	48. hebt hervor, wie wichtig eine enge Verknüpfung zwischen der Achtung der Rechtsstaatlichkeit***, der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit und der Menschenrechte*** und dem Zugang zu EU-Mitteln im Rahmen des derzeitigen MFR ist; ist der Auffassung, dass der Schutz der finanziellen Interessen der Union von der Achtung der Rechtsstaatlichkeit ***und der Grundrechte, einschließlich der Rechte der Frauen,*** auf nationaler Ebene abhängt; begrüßt insbesondere die positiven Auswirkungen der Konditionalitätsverordnung auf den Schutz der finanziellen Interessen der Union bei systemischen und anhaltenden Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit; fordert die Kommission und den Rat auf, die Verordnung erforderlichenfalls strikt, konsequent und unverzüglich anzuwenden; betont, dass Entscheidungen über die

Erwägungen geleitet noch das Ergebnis von Verhandlungen sein dürfen;	Aussetzung oder Kürzung der Unionsmittel aufgrund von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit auf objektiven Kriterien beruhen müssen und weder von anderen Erwägungen geleitet noch das Ergebnis von Verhandlungen sein dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 13

Entschließungsantrag
Ziffer 49

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
49. weist darauf hin, dass eine enge Verbindung zwischen der Rechtsstaatlichkeit und dem Unionshaushalt für die Zeit nach 2027 erforderlich ist, und begrüßt die Absicht der Kommission, die Verbindungen zwischen den Empfehlungen im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und dem Zugang zu Mitteln aus dem Haushalt zu stärken; fordert die Kommission auf, im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ab dem Jahr 2025 darzulegen, inwieweit die festgestellten Schwachstellen in den Rechtsstaatlichkeitssystemen ein Risiko für den Unionshaushalt darstellen könnten; begrüßt ferner die Verknüpfung zwischen der Achtung der Werte der Union und der Ausführung des Haushaltsplans und fordert die Kommission auf, die Einhaltung dieses Grundsatzes durch die Mitgliedstaaten aktiv zu überwachen;	49. weist darauf hin, dass eine enge Verbindung zwischen der Rechtsstaatlichkeit und ***den Grundrechten einerseits und*** dem Unionshaushalt für die Zeit nach 2027 ***andererseits*** erforderlich ist, und begrüßt die Absicht der Kommission, die Verbindungen zwischen den Empfehlungen im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit und dem Zugang zu Mitteln aus dem Haushalt zu stärken; fordert die Kommission auf, im jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit ab dem Jahr 2025 darzulegen, inwieweit die festgestellten Schwachstellen in den Rechtsstaatlichkeitssystemen ein Risiko für den Unionshaushalt darstellen könnten; begrüßt ferner die Verknüpfung zwischen der Achtung der Werte der Union und der Ausführung des Haushaltsplans und fordert die Kommission auf, die Einhaltung dieses Grundsatzes durch die Mitgliedstaaten aktiv zu überwachen;

Or. en

Änderungsantrag 14

Entschließungsantrag

Ziffer 53

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
53. betont daher, dass im nächsten MFR sichergestellt werden muss, dass mit den Ausgabenprogrammen in allen Bereichen Klima- und Biodiversitätsziele verfolgt werden, die ***Rechte*** und die Chancengleichheit aller gefördert und geschützt werden, was auch die Gleichstellung der Geschlechter einschließt, die Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und die Abwehrbereitschaft der Union gegenüber Bedrohungen gestärkt wird;	53. betont daher, dass im nächsten MFR sichergestellt werden muss, dass mit den Ausgabenprogrammen in allen Bereichen Klima- und Biodiversitätsziele verfolgt werden, die ***Grundrechte*** und die Chancengleichheit aller gefördert und geschützt werden, was auch die Gleichstellung der Geschlechter einschließt, die Wettbewerbsfähigkeit unterstützt und die Abwehrbereitschaft der Union gegenüber Bedrohungen gestärkt wird;

Or. en

Änderungsantrag 15

Entschließungsantrag
Ziffer 55 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55a. bekräftigt, dass die Methodik der EU zur Nachverfolgung gleichstellungsbezogener Ausgaben weiterentwickelt und verbessert werden muss; fordert, dass Verknüpfungen zwischen den Zielen der künftigen Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und dem MFR als Schlüsselinstrument für die Umsetzung der Strategie hergestellt werden; betont, dass die Erhebung, Meldung und Bewertung von vergleichbaren, nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und die Entwicklung horizontaler Begriffsbestimmungen der EU verbessert werden müssen, um geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzungen in den Politikbereichen der Union zu erleichtern; fordert eine verbesserte Methodik, bei der nicht nur die

Empfänger der Mittel, sondern auch das Transformationspotenzial der Programme ermittelt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 16

Entschließungsantrag
Ziffer 55 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55b. betont, dass ein Legislativvorschlag erforderlich ist, um eine oder mehrere Kategorien von Unternehmen zu definieren, die von Frauen geführt werden oder sich im Besitz von Frauen befinden und die sich aufgrund ihrer Strategien in den Bereichen Einstellungsverfahren, Arbeitszeit, Kinderbetreuung oder geschlechtersensible Auftragsvergabe besonders positiv auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken; fordert einen Gleichstellungspass für Unternehmen ähnlich dem geplanten KMU-Pass, der einen bevorzugten Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten ermöglichen würde;

Or. en

Änderungsantrag 17

Entschließungsantrag
Ziffer 55 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	55c. fordert eine unabhängige geschlechterdifferenzierte Folgenabschätzung, bei der die Auswirkungen der MFR-Programme auf die Gleichstellung der Geschlechter

bewertet werden;

Or. en

Änderungsantrag 18

Entschließungsantrag
Ziffer 57 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57a. betont, dass die Schulungen zum Gender-Mainstreaming, die Beamten der Europäischen Kommission am Europäischen Hochschulinstitut angeboten werden, unerlässlich sind, um die Verwirklichung der Gleichstellungsziele der Union sicherzustellen; fordert, dass diese Schulungen ausgeweitet werden, sodass auch Beamte des Parlaments und der Fraktionen die Möglichkeit bekommen, daran teilzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 19

Entschließungsantrag
Ziffer 57 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	57b. weist erneut auf die wichtige Rolle des EIGE hin, wenn es darum geht, das Ausmaß und die Ursachen der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, von der Frauen in all ihrer Vielfalt in der Union betroffen sind, zu verstehen und anzugehen, insbesondere im Zusammenhang mit den Rückschlägen in Bezug auf die Rechte der Frau und den konfliktbedingten Wirtschafts- und Gesundheitskrisen und unter Berücksichtigung der

Intersektionalität; weist darauf hin, dass das EIGE dauerhaft mit Personalmangel zu kämpfen hat, der sich durch den starken Anstieg der Anträge auf technische Unterstützung infolge der vorrangigen Berücksichtigung des Gender-Mainstreaming in allen Politikbereichen und Initiativen der Union im Rahmen der EU-Gleichstellungsstrategie 2020-2025 noch verschärft hat; bekräftigt seine Forderung, dass dem EIGE die finanziellen und personellen Ressourcen gewährt werden – einschließlich einer Erhöhung der Zahl der Vertragsbediensteten –, die erforderlich sind, um den erheblichen Anstieg der Arbeitsbelastung zu bewältigen, einschließlich der Umsetzung der Maßnahmen, die in der erneuerten Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter vorgeschlagen werden;

Or. en